

**Leserbrief zum Artikel
„Zoff um Windräder kocht erneut hoch“
in der HAZ vom 27.2.2013**

Nein, so geht das nicht! Der Kreistag des Landkreises Hildesheim – vertreten durch den Bau- und Umweltausschuss – darf nicht zulassen, dass demnächst Windparks der neuen Generation (bis 200 m Höhe) bis auf 750 m an Ortschaften heran gebaut werden.

Dieses sieht die Beschlussvorlage des neuen Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) nämlich für unseren Landkreis vor.

Während selbst das Land Niedersachsen 1000 m Mindestabstand für die derzeitigen viel niedrigeren Windkraftanlagen mit ihren nur 80 m Nabenhöhen empfiehlt, haben sich die Verantwortlichen des neuen RROP auf nur 750 m Mindestabstand für die neuen ca. 200 m hohen Anlagen ausgesprochen. Kein Mensch kann sich hier diese Dimensionen vorstellen – geschweige denn die Auswirkungen auf das Landschaftsbild und unsere Gesundheit.

Selbst 1000 m Abstand zu Wohngebäuden wären bei diesen Abmessungen noch zu wenig.

Nun liegt es bei den Ausschussmitgliedern des Kreistages, diese Vorlage zu korrigieren. Zum Glück haben alle anwesenden Mitglieder des beratenen Ausschusses diese Chance in ihrer Sitzung am 25. Februar erkannt und deshalb einstimmig dafür votiert, die Sachlage zu überdenken und erst am 4. April darüber abzustimmen.

Wir hoffen auf ein eindeutiges Signal.

Es dürfte jedermann klar sein, dass zu geringe Abstände von Windkraftanlagen zu Lebensräumen die Landflucht im südlichen Landkreis zusätzlich beschleunigen würden.

Denn nur unsere besondere Landschaft ist es, weswegen wir und unsere Kinder und Enkelkinder hier noch verwurzelt sind.

Warum sollte man aber neben einem gigantischen Industriepark wohnen wollen?

Arbeitsgruppe „Kein Windpark Heinum“

Zoff um Windräder kocht erneut hoch

Debatte im Kreishaus um Distanz von Rotoren zu Orten

Kreis Hildesheim (ara). Durch immer neue Windräder in der Region sehen viele Bürger ihre Lebensqualität schwinden. Sie fürchten eine verschandelte Landschaft, Schlagschatten und laute Rotorengeräusche. Wie groß die Sorgen sind, war jetzt im Umweltausschuss des Landkreises zu spüren. Knapp 30 Zuhörer verfolgten die Sitzung – und manche machten ihrem Ärger mit Blick auf den Entwurf eines neuen Raumordnungsprogramms Luft. Dieses enthält fünf Windkraft-Vorranggebiete und auch neue Eckdaten: Künftige Anlagen sollen 750 statt 500 Meter von Siedlungen entfernt stehen (diese Zeitung berichtete).

Mancher hat Verständnis dafür, dass Windenergie Atomkraft ersetzen soll. Aber um welchen Preis? Auch Peter Tschöpel von einer Bürgerinitiative (BI) in Heinum war nun einer der Zuhörer im Kreishaus und meldete sich zu Wort. Für ihn sind weitere Riesen-Mühlen in der Region mit einer Nabenhöhe von 200 Metern und mehr ein Unding. „Ich habe mir zwei solcher Windräder in Hamburg angeguckt. Das ist ein Wahnsinn. In der Nähe leben doch Menschen“, sagte er. „So etwas bei uns wäre eine sehr große Belastung“, so Tschöpel weiter. Er besteht darauf, dass gerade besonders hohe Rotoren genug Abstand haben müssten – und bei Bedarf mehr als nur 750 Meter. Der Land-

kreis sollte sich mehr Gedanken machen, bevor solche Projekte auf den Weg gebracht werden, forderte Tschöpel.

Auch der Listringer Ortsvorsteher Peter Münte schaltete sich in die Diskussion ein. „Wieso muss ausgerechnet wieder Bad Salzdetfurth für neue Anlagen herhalten“, fragte er Jürgen Flory, Leiter der Stabstelle Kreisentwicklung und Infrastruktur. Dieser betonte, dass die Verwertung keineswegs bestimmte Standorte wie etwa Gronau, Bad Salzdetfurth oder Sibbesse herauspicke. Im Gebiet Sibbesse befürchtet die Heinumer BI ohnehin einen weiteren Windpark bei Eberholzen. Derlei wischte Umweltsamtleiter Helfried Basse vom Tisch – zumindest vorerst. „Solche Pläne sind unbekannt, es liegt kein Antrag vor.“ Basses Behörde entscheidet anhand eines Bundesgesetzes darüber, ob der Abstand von Windrädern zu Siedlungen ausreichend ist. Und dies könnten dann mehr als 750 Meter sein, vielleicht sogar deutlich mehr, so Flory.

Die Politiker im Ausschuss zeigten Verständnis für die Bedenken der Bürger. Wenn nötig, müssten größere Abstände der Anlagen her, so Ansgar Lehne (CDU). Im Übrigen sollte die Verwaltung über ihren neuen Entwurf des Raumordnungsplans noch einmal nachdenken. Jetzt könne der Ausschuss noch keine Entscheidung treffen, die Fraktionen sollten sich zunächst weiter informieren und dann beraten. „Wir sollten die Sache schieben“, so Lehne. Auch Ekkehard Domning (Grüne) sah sich im Moment „völlig außerstande“ dem Entwurf zuzustimmen oder ihn abzulehnen. Cornelia Ott (SPD) wollte den Beschluss ebenfalls aufschieben. Sie befürchtete zudem, dass ein Beteiligungsverfahren ausgehebelt werden könne.

Davon kann für die Kreisverwaltung keine Rede sein. Flory und sein Mitarbeiter Rainer Poelmann betonten mehrfach, dass Bürger immer noch Gelegenheit zu Stellungnahmen und Anregungen hätten. „Wir können die Dinge noch verändern“, sagte Flory – bei nachvollziehbaren Stellungnahmen. Sorgfalt ginge dabei vor Schnelligkeit.

Auch die Gemeinden, weitere Ausschüsse und der Kreistag werden sich mit alledem noch befassen. Dieser stimmt zudem über das Programm ab. Danach kann das Land das Papier genehmigen. Dieser Zeitraum könnte sich mehr als zwei Jahre hinziehen, so Poelmann.

Der Kreis-Umweltausschuss will die Dinge jedenfalls erneut überdenken und votierte einstimmig dafür, einen Beschluss über den 138-Seiten-Entwurf auf die Sitzung am 4. April zu verschieben.



Ein einsamer Wanderer vor Windrädern: Gegen neue Anlagen in der Region wenden sich weiterhin zahlreiche Menschen.